

Bericht

**des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)
gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

- a) zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/1008 –**

Entwurf eines Gesetzes zum umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) vom 30. Oktober 2016 zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits

- b) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/1010 –**

Europas Wettbewerbsfähigkeit erhalten – Die wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen im atlantischen Raum stärken

A. Problem

Zu Buchstabe a

Nach Ansicht der Fraktion der CDU/CSU ist Kanada ein wichtiger strategischer Partner der Europäischen Union. Dementsprechend brächte das ab Juni 2009 ausgehandelte umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement – CETA) zwischen beiden Handelsräumen viele Vorteile. Zu nennen seien etwa der Abbau der Zölle um ca. 98 Prozent oder die Schaffung neuer Absatzmöglichkeiten für Dienstleistungen und Waren. Die hohen Standards, auf die sich die EU und Kanada geeinigt hätten, setzten Maßstäbe für zukünftige Handelsabkommen.

Zu Buchstabe b

Die den Antrag stellende Fraktion der CDU/CSU führt aus, dass um im internationalen Wettbewerb nicht den Anschluss zu verlieren, Deutschland und die Europäische Union die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Nord- und Südamerika ausbauen müssten. Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung deshalb auf, das CETA-Abkommen schnellstmöglich zu ratifizieren und für die vollständige Ratifizierung und Anwendung des Assoziierungsabkommens der Europäischen Union mit dem Mercosur-Raum einzutreten. Auch müsse die Modernisierung des Handelsabkommens mit Chile vorangetrieben werden sowie sich für eine Ratifizierung des modernisierten Handelsabkommens mit Mexiko eingesetzt werden. Auch solle die bislang verfolgte Deeskalation von Handelskonflikten mit den USA fortgeführt und abschließende Lösungen für noch bestehende Streitigkeiten gefunden werden. Nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU sollen zudem neue Energiepartnerschaften im atlantischen Raum begründet und bestehende Partnerschaften vertieft werden, um sich in der Energieversorgung unabhängiger machen zu können. Zum Thema Diversifizierung von Lieferketten zielt die Forderung der Unionsfraktion auf eine ambitionierte bilaterale Handelsagenda auf EU-Ebene ab, mit deren Hilfe wirtschaftliche Abhängigkeiten von einzelnen Staaten reduziert werden sollen. Zudem sei gemeinsam mit den USA eine grundlegende Reform der WTO voranzutreiben, um globale Handelshemmnisse abzubauen und den regelbasierten Handel zu stärken.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Das bereits am 30. Oktober 2016 unterzeichnete CETA-Abkommen bedürfe für sein vollständiges Inkrafttreten der Ratifizierung der Parlamente aller EU-Mitgliedstaaten gemäß den jeweiligen verfassungsrechtlichen Anforderungen. 15 EU-Mitgliedstaaten hätten das Abkommen bereits ratifiziert. Durch das angestrebte Vertragsgesetz solle CETA nun die für die Ratifikation in Deutschland erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes erlangen.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der CDU/CSU sieht keine Alternativen zu ihrem Gesetzentwurf.

Bericht des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses Michael Grosse-Brömer

I. Verlangen eines Berichts

Zu den Buchstaben a und b

Die Fraktion der CDU/CSU hat gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einen Bericht des Wirtschaftsausschusses über den Stand der Beratungen des Gesetzentwurfs auf **Drucksache 20/1008** und des Antrags auf **Drucksache 20/1010** in der 19. Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 28. September 2022 verlangt. Die Voraussetzungen für die Berichterstattung liegen vor.

II. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/1008** in seiner 22. Sitzung am 18. März 2022 beraten und an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/1010** in seiner 22. Sitzung am 18. März 2022 beraten und an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

III. Beratungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 10. Sitzung am 6. April 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 12. Sitzung am 27. April 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage in seiner 7. Sitzung am 6. April 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 11. Sitzung am 11. Mai 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Beratung der Vorlage in seiner 10. Sitzung am 11. Mai 2022, in seiner 14. Sitzung am 22. Juni 2022, in seiner 17. Sitzung am 21. September 2022 und in seiner 19. Sitzung am 28. September vertagt.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 10. Sitzung am 6. April 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage in seiner 7. Sitzung am 6. April 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 11. Sitzung am 11. Mai 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Beratung der Vorlage in seiner 10. Sitzung am 11. Mai 2022, in seiner 14. Sitzung am 22. Juni 2022, in seiner 17. Sitzung am 21. September 2022 und in seiner 19. Sitzung am 28. September vertagt.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage in seiner 14. Sitzung am 11. Mai 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a und b

Der Wirtschaftsausschuss hat die Beratung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/1008 und des Antrags auf Drucksache 20/1010 in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022, in seiner 10. Sitzung am 27. April 2022, in seiner 11. Sitzung am 11. Mai 2022, in seiner 12. Sitzung am 18. Mai 2022, in seiner 13. Sitzung am 22. Juni 2022, in seiner 16. Sitzung am 6. Juli 2022, in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 und in seiner 19. Sitzung am 28. September 2022 vertagt. In allen Fällen beschloss der **Wirtschaftsausschuss** die Vertagung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Berlin, den 28. September 2022

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender